

TRO

DER TRAFU

Betriebszeitung der
TRO Transformatoren-
und Schaltgerätegesell-
schaft mbH i. G.

Ausgabe: Nr. 13
29. Juni 1990
0,05 Mark
42. Jahrgang

IG Metall läßt keinen rechtsleeren Raum zu! Pressekonferenz mit dem Gewerkschaftsvorsitzenden Hartwig Bugiel

In der vergangenen Woche lud die IG Metall der DDR die Betriebszeitungen aller Firmen ein, in denen sie Interessenvertreter der Belegschaft ist. Hartwig Bugiel, Vorsitzender der Industriegewerkschaft, informierte zunächst über die Verhandlungen mit der Regierung der DDR zu den Folgen des ab Juli bei uns gültigen Betriebsverfassungsgesetzes der BRD. Mit Dr. Krause einigte man sich auf vernünftige Regelungen, die Volkskammer aber beschloß Formulierungen, die die Interessenvertretung bis zu den Betriebsratswahlen nicht eindeutig regeln. Die Volkskammer entschied, daß die bisherigen Interessenvertreter bis spätestens Ende Juli ihre Aufgaben wahrnehmen und daß Betriebsratswahlen im Schnellverfahren durchgeführt werden sollen. Das steht jedoch eindeutig im Widerspruch zum Betriebsverfassungsgesetz, die dort geregelte komplizierte Prozedur ermöglicht Wahlen erst im Dezember. Im Klartext hieße das, bis dahin gäbe es keine gesetzlich legitimierte Interessenvertretung der Arbeitnehmer!

Die IG Metall fordert, daß bis zum 31. Dezember die Betriebsratswahlen ordnungsgemäß durchzuführen sind und bis dahin die demokratisch gewählten Interessenvertretungen in den Betrieben ihre Aufgaben wahr-

nehmen. Das muß durch die Regierung gesetzlich abgesichert werden. Um diesen Forderungen Nachdruck zu verleihen, wurde eine machtvolle Demonstration vor der Neptunwerft in Rostock vorbereitet.

Hartwig Bugiel informierte die Betriebszeitungsredakteure über den Standpunkt der IG Metall für die laufenden Tarifverhandlungen. In der ersten Runde wurde die 40stündige Arbeitswoche erkämpft. Zu den Zielen der weite-

ren Verhandlungen gehört die Durchsetzung von Beschäftigungssicherungsprogrammen, das Motto dabei: Umschulung geht vor Entlassung. Konkrete Forderungen gibt es auf dem materiellen Gebiet. 400 Mark sollen zum bisherigen Lohn und Gehalt hinzukommen als Ausgleich für das neue Steuer- und Versicherungssystem und die zu erwartenden Preiserhöhungen in den kommenden Wochen. Außerdem setzt sich die IG Metall für die Zahlung eines Urlaubsgeldes in Höhe von 500 Mark und eines 13. Monatsgehaltes zum Jahresende ein.

Langfristig stellt sich die IG Metall die Aufgabe, die schrittweise Angleichung an die Tarifstruktur der BRD durchzusetzen. Um die Forderungen zu verwirklichen, ist die Beibehaltung des Mottos „Ein Betrieb – eine Gewerkschaft“ wichtig, um eine Zersplitterung der Kräfte zu verhindern.

Ausführlich ging Hartwig Bugiel auf die Zukunft der IG Metall der DDR ein. Am 5. und 6. Oktober findet eine zentrale Delegiertenkonferenz statt, die über den Beitritt zur IG Metall der BRD befinden wird. Unsere IG Metall wird die Satzung der westdeutschen Gewerkschaftsorganisation anerkennen, die Resultat ihres 40jährigen Kampfes um gewerkschaftliche Rechte ist. Der Beitritt zur IG Metall der BRD zum Jahreswechsel erfolgen. Am 31. Dezember löst sich unsere IG Metall auf, die Gewerkschaftsmitglieder treten dann der BRD-IG bei. Es wird in Frankfurt (Main) einen Vorstand geben. Hartwig Bugiel vertrat die Auffassung, daß die Geschäfte auf dem bisherigen DDR-Gebiet im wesentlichen durch Funktionäre unserer IG geleitet werden, wobei ein gewisser Austausch von Gewerkschaftsvertretern gegenseitige Qualifizierung ermöglichen soll.

U. Spa.



Hartwig Bugiel, Vorsitzender der IG Metall der DDR informierte über die Ziele unserer Gewerkschaftsorganisation.

Großer Informationsbedarf konnte befriedigt werden

Weiteres informelles Treffen mit AEG-Betriebsräten

Vor einigen Wochen schrieben wir im „TRAFU“ erstmals über die Kontakte von Betriebsräten aus Westberliner AEG-Produktionsstätten zu DDR-Betrieben, mit denen die AEG in Verhandlungen trat. Mehrmals trafen sich seitdem Interessenvertreter aus den AEG-Betriebsstätten Marienfelde, Spandau, Reinickendorf und Hohenzollern-damm mit ihren Partnern vom TRO, KWO, LEW Hennigsdorf, EAB und EAW. Angst vor Arbeitsplatzverlust sowie Unsicherheit über das Fortbestehen bis-

heriger sozialer Sicherungen haben wie drüben waren Anlaß für die Begegnungen. Sorgen bereitet auch die Tatsache, daß die Währungsunion in Berlin zwei Tarifgebiete mit unterschiedlichen Grundlöhnen und Arbeitszeiten schafft. Daraus ergeben sich Probleme! Da die Ergebnisse der Treffen von regionalen Spitzen der Metallgewerkschaften in Ost und West nur unzureichend an der Basis bekannt sind, erwiesen sich solche informellen Gespräche als gute Ergänzung, die auch helfen können, ein Aus-

spielen der Belegschaften von AEG- und DDR-Betrieben zu verhindern.

Inzwischen wurden Arbeitsgruppen zu verschiedenen gewerkschaftlichen Anliegen gebildet, denn der Informationsnachholbedarf der Ostgewerkschaftler zu westlichem Recht ist enorm. Um aber den Kreis der Gewerkschafter, die sich mit solchen Themen beschäftigen, nicht zu klein zu halten, fand am 22. Juni im TRO-Klubhaus ein Treffen im größeren Rahmen statt. Fortsetzung Seite 2.

Eigentumsumwandlung des VEB TRO zur TRO Transfor- matoren- und Schaltgeräte- gesellschaft mbH i.G.

Am 23. Juni 1990 erfolgte die Eigentumsumwandlung des bisherigen VEB Transformatorenwerk Oberschöneweide. Seit diesem Tag heißt unser Betrieb TRO Transformatoren- und Schaltgerätegesellschaft mit beschränkter Haftung i.G. Die beiden letzten Buchstaben bedeuten, die GmbH ist in Gründung.

Die vorläufigen Geschäftsführer sind Horst Huwe, Herbert Minge, Horst Riedner und Kurt Röske. Sie wirken als Geschäftsführer gleichberechtigt handelnd. Bis zum 10. Juli 1990 wird eine Geschäftsordnung ausgearbeitet, die die Tätigkeit der Geschäftsführer regelt.



Ab Juli gilt

40-Stunden-Woche

Zum 1. Juli wird für alle Kolleginnen und Kollegen des TRO die 40stündige Arbeitswoche bei vollem Lohnausgleich eingeführt. Grundlage dafür ist die Vereinbarung Nr. 9 zwischen BGL und Betriebsleitung, die in der vorletzten Woche unterschrieben wurde.

Bis Redaktionsschluß dieser Ausgabe waren die Arbeitszeipläne mit neuem Beginn bzw. Ende der Arbeitszeit noch nicht bekannt.

Was wird aus unserer Betriebspoliklinik?

Antwort auf einen anonymen Brief

In einem anonymen und für die Betroffenen äußerst beleidigenden Brief der letzten Woche, der die Sachverhältnisse unqualifiziert darstellt, wird im Schlußsatz die Forderung erhoben:

„Wir Trojaner wollen wieder eine Poliklinik“.

Die Mitarbeiter der Einrichtung wollen ebenfalls eine Poliklinik.

Spricht etwas dagegen? Der Status der Betriebspolikliniken und Betriebsambulatorien existiert nicht mehr. Die ehemaligen Einrichtungen des Betriebsgesundheitswesens im Stadtbezirk Berlin Köpenick werden noch im August d. J. zu einer poliklinischen Großeinheit zusammengefaßt. Die bisherigen Standorte bleiben erhalten.

In allen bisherigen Betriebsgesundheitseinrichtungen bleibt der Poliklinik-Charakter der ambulanten Versorgung unserer Patienten in verschiedenen medizinischen Fachrichtungen und

Laboratorien, einschl. Röntgen, erhalten. Gleichzeitig können Ärzte in den Polikliniken in freier Niederlassung ihre bisherigen Praxisräume nutzen, wenn es ihre individuelle betriebswirtschaftliche Situation erlaubt. Das wird zu einer Erweiterung unseres Betreuungsangebotes sowohl inhaltlich als auch zeitlich ausgedehnt in die Abendstunden führen.

Die arbeitsmedizinischen Untersuchungen für alle Werkstätten und die arbeitshygienischen Analysen an den Produktionsstätten werden in bewährter Weise auch zukünftig von den zuständigen Arbeitsmedizinern durchgeführt. Denn auch nach dem Arbeitssicherheitsgesetz der Bundesrepublik ist die Unternehmensleitung für die Gewährleistung der Arbeitstauglichkeitsuntersuchung jedes Beschäftigten und der Einhaltung bedeutend strenger gefaßter arbeitshygienischer Bedingun-

gen verantwortlich. Im Rahmen der gesundheitlichen Betreuung unserer Patienten aus dem umliegenden Territorium und Betrieben sind weiterhin die Fachrichtungen Allgemein-Medizin, Innere Medizin, Chirurgie, Zahnmedizin, Hauterkrankungen und HNO für die Durchführung diagnostischer, therapeutischer und Rehabilitationsmaßnahmen durch Fachärzte und Fachpersonal besetzt.

Die Unfallversorgung bleibt täglich von Montag bis Freitag ab 7.00 morgens gewährleistet und wird auch

schrittweise zeitlich bis in die Abendstunden erweitert.

Unsere Ärzte und das weitere medizinische Personal werden entsprechend den zu erwartenden Anforderungen die Betreuungsqualität verbessern und Sprechstundenzeiten abends erweitern. Gegenwärtig bestehen dafür noch zu wenig Behandlungsanforderungen. Nicht alle Sprechzeiten sind ausgelastet.

Gemessen an modernen Gesundheitseinrichtungen sind unsere Arbeits- und Lebensbedingungen nicht optimal. Wir werden alle Verbesserungsmöglichkeiten prüfen und nutzen.

Unser Angebot für den vorbeugenden Gesundheitsschutz wird entsprechend den Forderungen und Abrechnungskriterien der Krankenkassen, die unsere medizinischen Leistungen zukünftig bezahlen, erweitert:

– Vorbeugende röntgenolo-

gische Untersuchungen der Brustdrüsen (Mammographie),

– Proktologische Dispen-sairebetreuung für Patienten mit Hämorrhoidal-Leiden, – Schlankheits- und Abspek-tions-Kuren,

– Sportmedizinische Lei-stungsdiagnostik und psy-chologische Leistungsdiagnostik,

– Gesundheitstraining oder Bewegungstherapie bei ver-schiedensten gesundheitli-chen Störungen,

– Unfall-Rehabilitation, – Psychische und physische Konditionierung besonders beanspruchter Werk-tätiger (z. B. Dis-streßgefährdete).

Alle medizinischen Be-handlungen bleiben für die Patienten kostenlos.

Für alle Anregungen zur Verbesserung unserer Arbeit sind wir dankbar.

MR Dr. Heiß
Ärztlicher Direktor
Poliklinik

Schwerpunkte der IG Metall für die sozialpolitische Arbeit

Verhandlungspartner stehen fest

Nachdem die letzte VVV den Entwurf des Ratioschutzabkommens als Verhandlungsgrundlage bestätigte, wurden nunmehr die Verhandlungspartner benannt. Für die Betriebsleitung wird Karl-Heinz Dannebaum die Verhandlungen führen, die Gewerkschaft vertritt Klaus Karutz.

Großer Informationsbedarf konnte befriedigt werden

Fortsetzung von Seite 1

Das Interesse war angemessen, auch aus anderen DDR-Betrieben kamen Gewerkschafter.

Uwe Doering aus Westberlin informierte, daß die Betriebsräteversammlung der AEG im Juni einen Initiativantrag zur Koordinierung der Zusammenarbeit der betrieblichen Interessenvertretungen von AEG-Betrieben und Betrieben in der DDR, mit denen die AEG geschäftliche Beziehungen aufbaut, bestätigt hat. Damit sind die informellen Beziehungen durch die AEG-Betriebsräte legitimiert. (Wir veröffentlichen das Dokument auf Seite 3)

Von Uwe Doering war auch zu erfahren, daß die AEG für insgesamt 48 Projekte Interesse an Zusammenarbeit mit DDR-Unter-

nehmen hat. Unter anderem betrifft das 14 Gemeinschaftsunternehmen und 13 Vertriebskooperationen. Kooperationsvereinbarungen schloß die AEG neben TRO mit LEW Hennigsdorf, EAW Treptow sowie je einem Unternehmen aus Görlitz und Magdeburg ab.

In lockerer Form verständigten sich die Gewerkschafter mit den Betriebsratsvertretern zu verschiedenen Fragen wie Betriebsratswahlen, Tarife und soziale Sicherungen. Für den September wird ein weiteres größeres Treffen in Angriff genommen, dann auf einem Dampfer der Weißen Flotte. Bis dahin aber legen die Arbeitsgruppen die Hände keineswegs in den Schoß.

Entsprechend dem von der 12. Zentralen Delegiertenkonferenz der IG Metall beschlossenen Grundsatzantrag Nr. 1 konzentriert sich die sozialpolitische Arbeit in Vorbereitung der Gewerkschaftseinheit vor allem auf folgende Schwerpunkte:

1. Aktive Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik auf der Grundlage des Arbeitsförderungs-gesetzes. Grundsatz: Gestaltung von Beschäftigungsprogrammen bzw. Beschäftigungssystemen haben Vorrang vor der sogenannten „Abfederung“ durch Sozialpläne. Ziel, Verhinderung des Sozialabbaus besonders der sozial Schwachen.

2. Konsequente Durchsetzung der für den Organisationsbereich der IG Metall abgeschlossenen Rationalisierungsschutzabkommen in Verbindung mit der Ausarbeitung und dem Abschluß von Sozialplänen für die Belegschaften.

3. Mitwirkung der IG Metall bei der Angleichung der sozialen Sicherungssysteme und bei der Übernahme des Systems der Sozialversicherung der BRD mit den Bereichen Rentenversicherung, Krankenversicherung, Unfallversicherung, Arbeitsförderung und Arbeitslosenversicherung. Schwerpunkte: unverzüglicher Aufbau von Selbstverwaltungsorganen einschließlich Befähigung der Versicherungsnehmervertreter (Arbeitnehmervertreter) durch spezielle Schulungsmaßnahmen und Durchsetzung einer dynamischen Renten-anpassung.

4. Mitwirkung der IG Metall beim Aufbau und bei der Tätigkeit einer für die Metallindustrie zu gründender Berufsgenossenschaft (als Träger der Unfallversicherung) insbesondere beim Aufbau eines Selbstverwaltungsorgans einschließlich Auswahl und Befähigung der Arbeitnehmervertreter.

5. Gewerkschaftliche Einflußnahme auf die Gestaltung sozial verträglicher und ökologisch ausgewogener Arbeit- und Umweltbedingungen mit dem Schwerpunkt Tätigkeitsbereiche mit hohen physischen Anforderungen und erhöhten Gesundheitsgefährdungen (Gießereien, Schmieden, Härtereien, Galvaniken u. a.).

6. Mitwirkung der IG Metall bei der Durchsetzung des Schwerbehindertengesetzes zur Sicherung der Eingliederung Schwerbehinderter und ihnen gleichgestellte Behinderte in Arbeit, Beruf und Gesellschaft.

Schwerpunkte: Bestehende Beschäftigungsverhältnisse Schwerbehinderter sichern, behinderungsgerechte Arbeitsbedingungen schaffen bzw. erhalten, arbeitslose Schwerbehinderte beruflich eingliedern.

7. Gewerkschaftliche Einflußnahme und Mitwirkung beim Aufbau und bei der Ausgestaltung einer eigenständigen Sozialgerichtsbarkeit (neben der Arbeitsgerichtsbarkeit). Den Gewerkschaften ist die Mitwirkung durch ehrenamtliche Richter zu gewährleisten.

8. Weitere consequente Einfluß-

nahme auf die Regierung zur vollen Sicherung gegenwärtig noch vorhandener Leistungen der betrieblichen Sozialpolitik wie z. B.

– kostenlose medizinische Betreuung und Vergabe ärztlich verordneter Arznei-, Heil- und Hilfsmittel sowie Kuren;

– arbeitsmedizinische Dispen-sairebetreuung und gesundheitliche Überwachung durch ein eigenständiges unabhängiges Betriebsgesundheitswesen;

– Versorgung der Beschäftigten mit einer vollwertigen warmen Hauptmahlzeit und angemessener Pausenversorgung;

– betriebliches Erholungs-wesen, Kinderbetreuungseinrichtungen, einschließlich Kinderferienlager.

oooooooooooooooooooo



Wir gratulieren ...

... unseren Kolleginnen Cornelia Kulow, Katrin Lanz und Simone Fröhlich zur Geburt ihrer Töchter sowie Sabine Grabkowski zur Geburt ihres Sohnes.

Wir wünschen den Muttis und ihren Babys Gesundheit, viel Glück und bestes Wohlergehen.

Sozialkommission ist für vernünftiges Verhältnis von Aufwand und Nutzen

Eines der neuen Gewerkschaftsgremien im TRO ist die Sozialkommission, der Andrea Roi vorsteht. Sie bestätigt: „In der Form gab es Gewerkschaftsarbeit bisher nicht, zumal ja hierzulande noch nie die Gefahr Sozialabbau so akut war.“

Neun Gewerkschafter gehören der Kommission an, mit vielen Problemen befaßten sie sich in den letzten Wochen. An der Erarbeitung des Sozialpaketes, das die letzten VVV als Verhandlungsgrundlage bestätigten, waren sie beteiligt.

Intensiv beschäftigte sich die Sozialkommission mit den zahlreichen Sozialobjekten des TRO und deren Zukunft. Zunächst machte sie sich mit den tatsächlichen Kosten vertraut. Günter Isigkeit, von betrieblicher Seite für die Objekte zuständig, war als Gast der Beratungen ein wichtiger Partner. Mit seiner Hilfe konnte sich die Kommission schnell einen Überblick verschaffen. Tatsache ist, kaum ein anderer Betrieb unserer Größenordnung hat so viele soziale Einrichtungen wie Kindergärten, Ferien- und Erholungsobjekte, auch die Arbeiterversorgung zählt dazu. Damit sind auch die Kosten größer als anderswo.

Andrea Roi betont, Beschlüsse zur Zukunft der TRO-Objekte gibt es noch nicht. Einigkeit herrscht zwischen Gewerkschaft und Betriebsleitung, daß nichts überstürzt abgestoßen werden soll. Vielmehr gehen die Überlegungen dahin, wie man Aufwand und Nutzen in ein vernünftiges Verhältnis bringt. Zum Beispiel durch bessere Auslastung der Ferienheime auch außerhalb der Saison, durch Eigenerwirtschaftung von Mitteln. Das gilt ebenso für die Sektionen der BSG, damit sie nicht in erster Li-

Andrea Roi ist Vorsitzende der Sozialkommission der BGL. In der Vergangenheit gab es eine solche Kommission nicht, aber mußte sich die Gewerkschaft auch nicht mit Risiken des Sozialabbaus befassen.



nie von Zuschüssen abhängig sind.

Bei vielen Problemen steht die Sozialkommission vor Fragezeichen. Zum Beispiel bei den Ferienobjekten. Unklar ist, wie sich das Urlaubsverhalten der TROjaner entwickelt. Viele Betriebsangehörige nehmen in diesem Jahr gewiß die neuen Reismöglichkeiten in Anspruch. Doch wird das – auch aus Preisgründen – so bleiben? Keiner kann das heute beantworten. Oder die Kindergärten. Viele fordern, solche Einrichtungen gehören ausschließlich in die Verantwortung der Kommune. Andererseits hat Andrea Roi erfahren, westliche Betriebe leisten sich durchaus Kita, wie in der Bundesrepublik Kindertagesstätten genannt werden. Die Vergabe der begehrten Kitaplätze

trägt wohl dazu bei, daß ein Betrieb Spitzenkräfte an sich bindet.

In diesen Tagen fällt es der Sozialkommission recht schwer, ihre Aufgaben für die nächsten Wochen konkret abzustecken. Der Überblick über Sozialobjekte und -leistungen ist vorhanden. Die gegenwärtige Geschäftspolitik im TRO läßt nichts davon akut bedroht erscheinen. Damit ist ein Eingreifen der Sozialkommission zur Zeit noch nicht erforderlich. Andrea Roi spricht deshalb von Schwierigkeiten, Themen für die Beratungen zu finden. Auf alle Fälle kann die Kommission aufgrund ihrer bisherigen Arbeit rasch Beschlüsse der VVV und BGL zu dieser Problematik vorbereiten.

U. Sp.

Betriebsräteversammlung der AEG bestätigte die informellen Kontakte

Die Betriebsräteversammlung der AEG bestätigte den folgenden Antrag der Westberliner AEG-Betriebsräte und damit die Notwendigkeit informeller Kontakte zu DDR-Betrieben.

Seit dem 9. November 1989 baut die AEG ihre geschäftlichen Kontakte zu Betrieben in der DDR auf. Dabei geht es um die Bildung von Joint Ventures und die Übernahme von Betrieben und Betriebsteilen durch die AEG. Zum Teil wurden in DDR-Betrieben schon AEG-Kontaktbüros und Arbeitsgruppen gebildet. Ein Ausspielen der Interessen der Belegschaften in West und Ost ist denkbar. Darüber hinaus macht die Verschmelzung der beiden deutschen Staaten schon jetzt ein gemeinsames und koordiniertes Handeln der betrieblichen Interessenvertretungen in West und Ost notwendig.

Die Betriebsräteversammlung empfiehlt dem Gesamtbetriebsrat, die Zusammenarbeit der betrieblichen Interessenvertretungen in West und Ost in engster Abstimmung mit den im Betrieb vertretenen Gewerkschaften zu koordinieren. Ziel dieser Koordination ist die Behandlung von Fragen sowie der Austausch von Informationen, die sich durch die beabsichtigte Zusammenarbeit der AEG mit bisherigen DDR-Betrieben ergeben.

Rechtzeitige gegenseitige Informationen und ein gemeinsames Handeln kann ein „Gegeneinander Ausspielen“ der Belegschaften verhindern. Der GBR sollte Vertreter betrieblicher Interessenvertretungen in die Koordination einbeziehen, die durch die Bildung von Joint-Ventures oder die Übernahme von Betrieben und Betriebsteilen durch die AEG konkret betroffen sind.



Die Zusammenarbeit wird weitergehen

In der vorletzten Woche stattete überraschend Michail Tschelin, BGL-Vorsitzender der Moskauer Produktionsvereinigung Elektrosawod, der BGL unseres Betriebes einen Besuch ab. „Der TRAFÖ“ nutzte die Gelegenheit für ein Gespräch mit ihm.

Was war das Anliegen Ihrer Reise zum TRO?

Im Zusammenhang mit den Umwälzungen in der DDR gibt es viele offene Fragen, die ich klären wollte. So zur Zukunft der langjährigen Beziehungen zwischen TRO und Elektrosawod. Mich interessierte aber auch, welche Parallelen es in der gegenwärtigen Entwicklung der DDR und der Sowjetunion gibt.

Brachte der Besuch konkrete Resultate für die weitere Zusammenarbeit beider Gewerkschaftsorganisationen?

In dieser bewegten Zeit sah sich eure BGL außerstande, mit uns Abkommen zu schließen. Im Oktober sollen die Gespräche fortgesetzt werden, die BGL hofft, dann Definitives sagen zu können. Soviel scheint aber klar: Die Zusammenarbeit wird weitergehen.

Wie stellen Sie sich die künftigen Beziehungen vor?

Seit 20 Jahren gibt es gute Kontakte zwischen TRO und Elektrosawod. In der Zeit wurde

viel aufgebaut. Wir organisierten Arbeiteraustausch, auch der Urlaub- und Ferienlageraustausch ist Tradition. Ich bin der Meinung, das kann man nicht von heute auf morgen abbrechen. Es dürfte dabei keine Rolle spielen, wie radikal die Veränderungen in der DDR sind. Wir haben auch gute Beziehungen zu BRD-Betrieben, da sollten sie auch mit den bisherigen DDR-Firmen weiterhin möglich sein.

Was fiel Ihnen im TRO besonders auf?

Ich bewundere die Kollegen hier, daß sie trotz der bewegten und unsicheren Zeit arbeiten, diszipliniert sind. Das zeigt, die Menschen resignieren nicht. Ich hoffe, daß sich alles zum Besten für die TRO-Belegschaft entwickelt.

Auch die Sowjetunion erlebt gegenwärtig sehr bewegte Zeiten. Welche Chance geben Sie der Perestroika?

Es wird von ihr keine Umkehr geben, sie ist die einzige Alternative. Wir haben viele Probleme, aber die Perestroika entwickelt sich schrittweise. Auch die Schwierigkeiten in den Republiken sind sehr groß, aber die Kräfte, die die Abspaltung wollen, sind nicht so stark, wie es oft erscheint. Die Sowjetunion bleibt ein Land, und sie wird ihre Probleme meistern.

Wie weiter mit der Kasse der gegenseitigen Hilfe?

Seit dem 2. Mai 1990 läuft die Auszahlung der Mitgliedsanteile der Kasse der gegenseitigen Hilfe an ihre Mitglieder. Sämtliche Beitragszahlungen erloschen im gleichen Monat. Leider zog sich trotz umfangreicher Information des Vorstandes des KdGH und der BGL die Auflösung der Kasse sehr in die Länge. Nachteilig vor allem für die Kollegen des Vorstandes der KdGH, die ihre Arbeit ehrenamtlich ausüben und daher einen immensen Zeit- und Kraftaufwand betreiben mußten.

Nun aber zur weiteren Verfahrensweise: Rund 50 Mitglieder haben noch Darlehen zurückzuzahlen. Wie bekannt, werden Schulden, d. h. bei uns Darlehensrückzahlungen, halbiert. Aber auch die auszahlenden Mitgliedsanteile werden halbiert, da das Konto der KdGH 1:2 umgetauscht wird.

Dazu ein praktisches Beispiel:

	Eingezahlte Beträge	Abzuzahlendes Darlehen
Mark	200,- M	400,- M
nach erfolgter Währungsunion DM	100,- DM	200,- DM

Das Mitglied muß nach diesem Beispiel also insgesamt 100,- DM zurückzahlen. Die Abzahlung erfolgt weiterhin über die Lohnbuchhaltung direkt vom Lohn bzw. Gehalt.

Andrea Roi

Zu Anträgen an Delegiertenkonferenz der IGM

Am 5. und 6. Oktober 1990 berät die zentrale Delegiertenkonferenz unserer IG Metall über den Beitritt zur IG Metall der BRD. Anträge an diese Delegiertenkonferenz müssen bis zum 10. September im Zentralvorstand der IG Metall, Fritz-Heckert-Straße 70, Berlin, 1026, vorliegen.

Kreative Freizeitgestaltung in Köpenick

Viele Schwierigkeiten für interessantes Projekt in der Karlstraße

Einst hatte der Köpenicker Runde Tisch ein Projekt einhellig unterstützt: die Initiative „Zentrum für kreative Freizeitgestaltung“. Zu denen, die sich verbal sehr interessiert zeigten, gehörte Frau Höppner, Vertreterin der SPD am Runden Tisch, heute Stadtbezirksbürgermeisterin in Köpenick. Damals trat sie recht radikal gegen bürokratische Hindernisse auf, beispielsweise mit der Forderung an die KWV, Mietfreiheit zu gewähren. Eine gute Partnerin also für das Zentrum, glaubten Birgit Grimm und ihre Mitstreiter.

In dem verwahten Gebäude der ehemaligen Möbelfabrik in der Karlstraße fanden die jungen Leute um Birgit Grimm ein geeignetes, aber von Grund auf sanierungsbedürftiges Domizil. Der Runde Tisch stimmte der Hausbesetzung zu, der Rat des Stadtbezirks unternahm nichts dagegen, und im benachbarten Polizeirevier hatte man „nichts bemerkt“. Den Ideen für dieses Zentrum für kreative Freizeitgestaltung schien nichts mehr im Wege zu stehen.

Schon seit längerem trägt sich Birgit Grimm mit Gedanken, wie man durch die Verbindung mehrerer Genres Kreativität fördern kann. Sie arbeitet in Lichtenberg

im staatlichen Kunstbetrieb und hatte mit verschiedenen Arbeitsgemeinschaften zu tun. Dort versuchte sie, Leute nach Musik malen zu lassen. Auch den Bühnenprogrammen, die sie auf die Beine stellte, gab sie multimediales Gepräge. Ein Projekt in Lichtenberg, mehrere künstlerische Genres zusammenzuführen, scheiterte nicht zuletzt daran, daß beteiligte Berufskünstler das Ganze nur als geldbringende Mugge betrachteten.

Nun also soll die Idee in der Karlstraße verwirklicht werden. Viele Möglichkeiten, Kunst zu erlernen und auszuüben, entstehen dort. Mit Hilfe des darstellenden Spiels, zu dem auch Puppenspiel zählt, soll gelernt werden, miteinander zu spielen und umzugehen. Tänze wird man üben können, beispielsweise Jazzdance und Step, auch für Kinder sind Angebote für die allgemeine musische Bildung vorgesehen. Mit Malen und Zeichnen zieht ebenfalls die bildende Kunst in die ehemalige Möbelfabrik ein. Zwei Zeitungen sollen dort entstehen, zum einen die Hauszeitung, die gleichfalls Geschichten aus dem Kiez veröffentlicht. Zum anderen ist eine Schulzeitung geplant.

Mit einem anderen, bisher in



der DDR verdrängten, künftig jedoch in ganz anderen Dimensionen auf uns zukommenden Thema wird man sich in der Karlstraße beschäftigen, der Suchtproblematik. Suchtselbsthilfegruppen helfen Betroffenen, ohne Drogen auszukommen.

Für eine weitere Idee fehlen noch grundsätzliche Bedingungen, für den Kinderladen. Eine offene Form der Kinderbetreuung ist aber fest ins Auge gefaßt. Eltern sollen die Möglichkeit bekommen, ihre Kinder zur Betreuung dort hinzubringen.

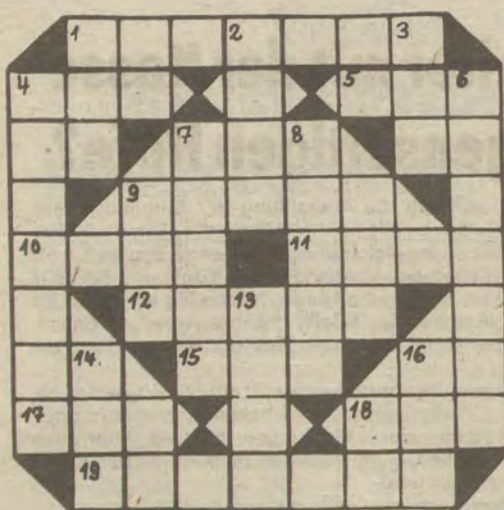
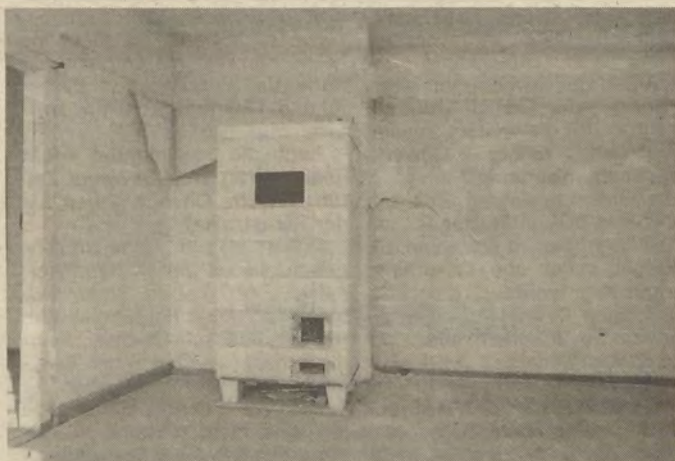
Jeder wird also in dem Haus seine Freizeit sinnvoll verbringen, sich mit einer Kunstrichtung beschäftigen, dafür die Grundlagen erlernen und sich vervollkommen können. Birgit Grimm schwebt vor, diese Kunstrichtungen miteinander zu verknüpfen. Sei es durch Workshops oder Hausprojekte, an denen sich alle beteiligen. Die Genrevielfalt ist dafür wichtige Voraussetzung.

Trotz des schlimmen Bauzustandes der einstigen Fabrik gab es schon drei Veranstaltungen.

Birgit Grimm hat mit vielen Ideen und mindestens genauso vielen Stunden Einsatz sich um das Zentrum für kreative Freizeitgestaltung bemüht. Die anderen Fotos zeigen den Zustand des Hauses und die Bemühungen junger Leute, den Ideen ein vertretbares Domizil zu schaffen.

Das Osterfest, der Volkstanznachmittag für Kinder und die Vorstellung eines Puppenspieler und eines Drehorgelmannes aus der BRD fanden großen Anklang im Kiez.

In diesen Wochen hat die Instandsetzung Vorrang vor Veranstaltungen. 30 000 Mark stellte der Rat des Stadtbezirks zur Verfügung, nicht viel angesichts der erforderlichen Arbeiten. Trotz jetziger Marktwirtschaft war es schwierig, Firmen zu binden. So droht das Risiko, daß der größte Teil des Betrages mit der Währungsunion 1:2 umgetauscht wird. Die Stadtbezirksbürgermeisterin äußerte sehr eigenar-



Auf den Spuren 19s

Waagrecht: 1. Hauptstadt von Madeira, 4. Ziegen-, Schafleder, 5. algerischer Schriftsteller, 7. albanische Währungseinheit, 9. mittelitalienischer Fluß, 10. Vorbote eines epilept. Anfalls, 11. Abteilungs eines Schachtes, 12. in Kolonnen gegossener Stahlblock, 15. Hausflur, 16. chem. Zeichen für Silber, 17. russisch: Frieden, 18. mazedonische Reiterabteilung, 19. Schriftsteller des 19. Jahrhunderts.

Senkrecht: 1. Halbton, 2. Stadt in der CSFR, 3. norwegischer Mathematiker des 19. Jahrhunderts, 4. Wüste der Turkmen. SSR, 6. Bloßstellung, 7. Schlingpflanze, 8. organ. Verbindung, 9. narkotisch wirkende Flüssigkeit (Kurzwort), 13. oberste scharfe Kante, 14. Gebirge in Nordwestafrika, 16. engl. Bier, 18. chem. Zeichen für Indium.

Auflösung aus Nr. 12/90

Waagrecht: 1. Geer, 4. Grl, 7. Tobol, 8. Amom, 10. Seta, 12. Mana, 13. Eris, 14. Gama, 17. Agon, 20. Etat, 21. Bora, 22. Laser, 23. Asir, 24. Lima.

Senkrecht: 1. Guam, 2. Eton, 3. Roma, 4. Gose, 5. Iler, 6. Lias, 9. Marat, 11. Timor, 14. Gera, 15. Mali, 16. Atar, 17. Abel, 18. Gori, 19. Naha.

Herausgeber: Geschäftsführung der TRO Transformatoren- und Schaltgerätegesellschaft mbH i. G. Anschrift des Betriebes: Wilhelmshofstraße 83-85, Berlin, 1160.

Veröffentlicht unter Lizenz-Nr. 5012 B des Magistrats von Berlin, Hauptstadt der DDR. Satz und Druck: Druckzentrum Berlin · Grafischer Großbetrieb.

1. Redakteur: Uwe Spacek, Redaktionssekretärin: Ingrid Winter. Fotos: Redaktion, Olaf Bruhn, Archiv. Redaktion: Zimmer 244, Tel. 6 39 25 34 und 25 35.

Redaktionsschluß für diese Ausgabe der Betriebszeitung war der 26. Juni 1990. Die nächste Ausgabe erscheint am 13. Juli 1990.

tige Ideen. Sie schlug eine Architekturausschreibung vor, obwohl ein engagierter Architekt längst gefunden ist. Zur Lösung des Geldproblems empfahl sie die Suche nach einem Sponsor, dem man ja zur Not einen Teil des Hauses zur Verfügung stellen könne. Birgit Grimm ist es unvorstellbar, daß das die gleiche Frau Höppner sagt, die sich einst so für das Projekt einsetzte. Sie und ihre Freunde lassen sich aber nicht entmutigen – im Interesse eines breiten Freizeitangebotes in Köpenick.

Uwe Spacek